



Prof. Dr. Max Welch Guerra

## Mitigation oder nur Adaptation? – Zur Debatte um die Fortführung des Stadtumbaus Ost

**Der Diskussion über den Klimawandel verdanken wir die Unterscheidung zwischen zwei möglichen Strategien, mit großen gesellschaftlichen Problemen umzugehen, der Adaptation und der Mitigation (Endlicher 2007). Eine dieser Strategien ist die der Anpassung an die einzelnen Folgen solcher Probleme. Im Falle des Klimaschutzes betrifft dies etwa den Anbau von Saatsorten, die den veränderten klimatischen Bedingungen besser angepasst sind, im Siedlungswesen dem Bau von Dämmen oder das wirksame Verbot, in Überschwemmungsgebieten zu bauen. Diese Strategie, die Adaptation, ist sehr wichtig, ja unverzichtbar. Adaptation ist allerdings eine Strategie, die den Problemkomplex nicht kausal angeht, sondern das Leben mit ihm erträglicher gemacht, bis nächste Verschlechterungen weitere Anpassungsmaßnahmen zur Folge haben. Die Mitigation bezeichnet dagegen die Bekämpfung der Ursachen. Im Falle der Diskussion über den Klimawandel meint dies in erster Linie die Verringerung der Emissionen, die ja die wichtigste antropogene Ursache für die Erwärmung der Erde sind.**

**Die Unterscheidung zwischen Mitigation und Adaptation ist für die Diskussion über die bisherigen Ergebnisse wie über die Weiterentwicklung des Stadtumbaus fruchtbar, ja unentbehrlich. Dies ist jedenfalls die Grundthese dieses Beitrags, der sich auf die beiden Statusberichte zum Stadtumbau Ost stützt, die zur Halbzeit des Programms erschienen sind. Diese ziehen in erster Linie eine problemorientierte Bilanz über das Geleistete und tasten sich sogleich vorsichtig an die Frage heran, welche Merkmale das Nachfolgeprogramm haben soll, das ab 2010 wirksam werden müsste (Erster Statusbericht 2006, Zweiter Statusbericht 2007). Dieser Beitrag erörtert einen weiteren Schritt.**

### Eine Zwischenbilanz

Das Politikfeld Stadtumbau Ost ist vergleichsweise hoch leistungsfähig. Die anfängliche Gewandtheit der Implementation des Programms (Welch Guerra 2004) hat eine Fortsetzung erfahren. Dies belegt etwa der hohe Grad an Durchdringung Ostdeutschlands mit dem Programm: Drei Viertel aller ostdeutschen Kommunen über 10.000 Einwohner sind damit erreicht worden. Neben der Breitenwirkung fällt die Reaktionsfähigkeit des Handlungsfeldes auf. So ist 2004 der Stadtumbau durch ei-

ne Novellierung des BauGB planungsrechtlich gestärkt worden. Durch neue Verwaltungsvereinbarungen wurde 2006 und 2007 die Abrisspolitik feiner reguliert. Mit beiden Vereinbarungen waren Bundeszuschüsse von je 20 Mio. Euro verbunden, die zur Hälfte in den Umbau der städtischen Infrastruktur gesteckt werden sollten. Diese Summen kamen zu der Milliarde Euro hinzu, die der Bund in der Laufzeit des Programms aufbringt und die durch die Zusatzleistungen der Länder und Gemeinden auf etwa 2,5 Milliarden aufgestockt werden.

Neben diesen harten Politikinstrumenten Geld und Recht sind auch weiche Politikinstrumente weiterhin eingesetzt worden, so etwa die Bundestransferstelle, die im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung eigens den Wissenstransfer und die Politikberatung leistet. Wie beide Statusberichte belegen, ist die Bundestransferstelle nicht nur ein Ausführungsorgan, sondern auch eine Instanz programmkritischer Selbstreflexion. Ein weiteres Politikinstrument wurde eingeführt, das die Handlungsfähigkeit der Fachpolitik der Anlage nach zumindest erhöht: eine laufende Implementationskontrolle. Neben den Bundesländern betreiben zwei Drittel der am Stadtumbauprogramm beteiligten Kommunen dies unter dem Namen Monitoring (Zweiter Statusbericht, 103).

Mit anderen Worten: Der Stadtumbau Ost ist nicht nur finanziell das wichtigste Element der deutschen Städtebauförderung, sondern es wird auch getragen von einem institutionellen Arrangement, das dem entspricht, was heute als ein handlungsfähiges Politikfeld verstanden werden kann. Dieses Arrangement erfährt auf der Ebene der Landesplanung eine ebenfalls handlungsfähige Entsprechung, wie eine gerade erscheinende Studie über die Stadtentwicklung in Thüringen seit 1990 belegt (Forschungsgruppe Stadtentwicklung Thüringen 2007). Dies muss gerade im Hinblick auf das Nachfolgeprogramm festgehalten werden. Festgehalten im Hinblick auf die Zukunft ist allerdings auch ein weiteres Merkmal des Politikfeldes: die Prägung des Stadtumbaus Ost durch einen Hauptakteur, der gegenüber dem politisch administrativen System eine veritable strukturelle Macht besitzt. Gemeint ist die kommunale und genossenschaftliche Wohnungswirtschaft, die über riesige Wohnungsbestände sowie über eine ausgeprägte verbandliche Handlungsfähigkeit verfügt. Seit 2000 ist es diesem Segment der Wohnungswirtschaft gelungen, Ziele, Arbeitsweise und Ergebnis des Programms entscheidend zu beeinflussen. Neben der Stadtplanung sind diese



Wohnungsunternehmen der „zentrale Akteur“ des Stadtumbaus, wie der Zweite Statusbericht (2007, 78) feststellt. Mit deutlichem Abstand, und erst im Laufe der Zeit, haben sich die Ver- und Entsorgungsunternehmen hinzugesellt.

## Stärkung der Zentren durch Abriss am Stadtrand?

Wie lassen sich die städtebaulichen Ergebnisse des bisherigen Programmverlaufs bewerten? Das selbst definierte Doppelziel des Stadtumbaus Ost ist die Stabilisierung des Wohnungsleerstands durch Abrisse sowie durch die Stärkung der Zentren. Geplant ist für das gesamte Programm die Vernichtung von insgesamt 350.000 Wohnungen. Bis 2006 waren insgesamt 177.500 Wohnungsabriss bewilligt, bis Oktober 2005 wurden insgesamt 126.500 Wohnungen tatsächlich abgerissen (Erster Statusbericht 2006, 38). Der Effekt ist spürbar, die Mitglieder des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft GdW haben trotz weiterhin abnehmender Bevölkerung ihren Wohnungsleerstand von 16, % 2002 auf 12 % 2006 gesenkt. Ohne Abrisse, so ihre Daten, hätten sie 2005 18,7 % Leerstand melden müssen, das wären fast 5 % mehr gewesen, als sie in jenem Jahr tatsächlich zu verkraften hatten (Zweiter Statusbericht 2007, 23).

Abgerissen wurden in den ersten fünf Jahren des Programms in erster Linie Wohnungen aus DDR-Produktion, 7 % des DDR-Gesamtbestandes. Es handelt sich zumeist um randstädtische Plattenbauten. Dies entspricht der weit verbreiteten Vorstellung, deren Abriss stärkte beinahe direkt die Innenstädte. Eine der wertvollen Erkenntnisse beider Statusberichte ist allerdings, dass die Abrisse von außen nach innen nicht die beabsichtigte Auffüllung der Innenstädte bedeutet haben. Dies ist verständlich als das Ergebnis bewusster Geschäftspolitik der Wohnungsunternehmen, die innerhalb der eigenen Bestände ihre Mieterzahlen begradien. Auch weitere Faktoren mögen das Phänomen erklären, wie etwa die fortbestehende ökonomische Schwäche Ostdeutschlands. Trotz aller Worte, trotz aller stadtpolitischen Einfälle und trotz einiger Einzelbeispiele ist festzuhalten, dass die Stärkung der Zentren weit mühevoller zu erreichen ist, ja sie ist weiterhin vor allem ein offenes Stück Programm.

Fragen über die Sinnhaftigkeit der städtebaulichen Steuerung des Programms wirft übrigens die Erkenntnis der Bundestransferstelle auf, wonach zumeist da abgerissen wird, wo Altschulden abgebaut werden können. Betriebswirtschaftliche Überlegung der Wohnungsunternehmen erscheinen wichtiger als übergeordnete stadtstrukturelle Aspekte. Erst im Laufe der Zeit ist die Präsenz der Ver- und Entsorgungsunternehmen mit ihren spezifischen, für die öffentliche Raumökonomie, also für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion wichtigen Gesichtspunkten gestiegen.

Es gibt sicherlich weitere Erfolge des Stadtumbaus, so etwa, dass viele Städte gelernt haben, geeignete, einfallreiche Zwischenutzungen für funktionslos gewordene Flächen und Gebäude zu finden. Andere sind gar nicht erst richtig in den Fokus des Pro-

gramms gekommen, wie die altindustriellen Brachflächen, deren Wiedernutzung nicht als Teil des Stadtumbaus vorgesehen ist. Sie sind ja nicht unmittelbar wohnungsmarktrelevant.

## Stadtumbau ohne Bürger

Einer der auffälligsten Schwächen des Stadtumbaus betrifft schließlich die soziale Dimension. Die Öffentlichkeitsarbeit und die Bürgerbeteiligung, so der Zweite Statusbericht in einer eleganten, zurückhaltenden Formulierung, ist „nach wie vor eher halbherzig“ (90). Die vom Abriss betroffene Bevölkerung ist ja auch nicht die begehrte Klientel des herrschenden Stadtumbaukonzepts. Diese ist vielmehr die Mittelschicht, die in die Innenstädte einziehen soll, die aber nicht in ausreichender Zahl erscheint. Eine traurige sozialräumliche Innovation ist, dass – so etwa in Leipzig und in Erfurt – als besonders schwierig geltende Mieter konzentriert werden, mit der Begründung, sie sollten sich gegenseitig und nicht andere, labile Nachbarschaften belasten. Diese Herangehensweise übertritt, was seit Jahrzehnten als eine Grenze sozialräumlicher Gestaltung gelten durfte.

Ein beredtes Zeichen für die Ausblendung sozialer Themen ist die Berichterstattung über den Stadtumbau. In den beiden – in anderer Hinsicht guten bis ausgezeichneten – Statusberichten der Bundestransferstelle erfahren wir nichts über die Bewohner. Die technokratische Herangehensweise ist selbstverständlich geworden, der Stadtumbau erscheint als nahezu technischer Eingriff in die Maschine Stadt.

Es kann festgehalten werden, dass der Stadtumbau eine Strategie der Adaptation ist, eine Strategie der agilen Reaktion auf die Umsetzungsprobleme innerhalb des von vornherein festgelegten Pfades der Stabilisierung des Wohnungsmarkts durch Abrisse und der Stärkung der Innenstädte durch stadtstrukturelle Konzentration. Wie mittlerweile evident geworden ist, kann diese Strategie der Adaptation ihre eigenen Ziele bislang nur teilweise erreichen. Zwar rechnen die Kommunen insgesamt mit einer Stabilisierung des Leerstandes, wobei etwa die Hälfte der Großstädte gar einen Rückgang erwarten. Der Blick auf die erwartete Bevölkerungsentwicklung lässt solche Aussagen allerdings als Zweckoptimismus erscheinen. So berichtet der Zweite Statusbericht, in Ostdeutschland seien „nahezu flächendeckende, längerfristige Schrumpfungsprozesse“ (2007, 16) zu erwarten. Die nun für den Abriss vorgesehene Bestände sind indessen die schwierigeren. Was einfacher zurückzubauen war, wurde in der Regel vorgezogen. Einiges spricht dafür, dass sich die Leerstände vor allem in den Regionen mit ökonomischer Schwäche und geringer Dichte erhöhen werden. Viel wichtiger ist indessen, das sich dort auch sozialpolitische Probleme merklich erhöhen dürften, denn dort wird der Anteil alter Menschen weiter zunehmen, und zwar zunehmend solcher, deren Biografie von Arbeitslosigkeit geprägt ist und deshalb auch eine geringere Rente erhalten. Dort werden die ohnehin nicht so handlungsfähigen Kommunen durch den enger werdenden fiskalischen Rahmen weiter in ihren Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt.



Die kommunale und genossenschaftliche Wohnungswirtschaft bleibt ein wichtiges, ja unentbehrliches Instrument für eine soziale Stadtentwicklung, ungeachtet der Kritik an ihrer Rolle beim Stadtumbau Ost und ungeachtet der jüngst vorgestellten Infragestellung durch die neoliberal dominierte Kommission des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (Zur Ökonomisierung der Immobilienwirtschaft 2007). Der Umgang mit dem demografischen Wandel wird sich jedoch auf die Fläche, vor allem auf die Gebiete mit geringerer Bevölkerungsdichte, verlagern. Hier geht es nicht um den Abriss von Wohnungen, sondern darum, das Versorgungsniveau mit sozialer und technischer Infrastruktur – die beide teilweise neu definiert werden müssen – in der Fläche sicherzustellen, und zwar unter verschlechterten privatwirtschaftlichen wie fiskalischen Rahmenbedingungen. Dafür werden die Regional- und Landesplanung an Bedeutung gewinnen. Allerdings wird es nicht genügen, im Sinne der Adaptation Anpassungsmaßnahmen umzusetzen. Gesucht ist eine Strategie, um die Reproduktionsbedingungen auf sicherlich niedrigerem Niveau auch im Sinne der öffentlichen Ökonomie langfristig tragbar zu machen.

### Elemente eines neuen Profils

Wie weiter? Im Ersten Statusbericht wird deutlich ausgesprochen, dass der Stadtumbau weit mehr verlangt als das, was das gleichnamige Programm leisten kann. Es gehe letzten Endes um die Sicherung der Lebensfähigkeit von Städten mit geringen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, mit sinkender und alternder – und verarmender, müsste ergänzt werden – Bevölkerung, mit sinkenden öffentlichen Haushalten, die die lebenswichtigen Infrastrukturen aufrechterhalten sollen (Erster Statusbericht 2006, 82). An anderer Stelle ist die Rede von „nachhaltigen Siedlungsstrukturen“ (ebda., 19). Die Statusberichte gehen diesem Ziel nicht weiter nach, können ja auch nicht, weil der Horizont des Programms Stadtumbau Ost im Hinblick

auf die Strategie für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion weit hinter dem Stand bleibt, der in der Bundesrepublik heute erreicht ist.

Das Programm Stadtumbau Ost fällt hinter die Neufassung des Raumordnungsgesetzes 1998 zurück, die noch unter der christlich-liberalen Bundesregierung Kohls beschlossen wurde und in § 1 Abs. 2 die Nachhaltigkeit als Leitlinie der Raumordnung für das ganze Bundesgebiet verkündet. Aus diesem hohen Anspruch haben sich mittlerweile Handlungsmöglichkeiten entwickelt, die auszuloten für die Debatte um das nächste Kapitel der politischen Bewältigung des demografischen und ökonomischen Wandels unverzichtbar ist.

Im Jahr 2002 hat die – nunmehr rot-grüne – Bundesregierung Schröder eine Nationale Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, mit dem Anspruch, für alle Politikfelder konkrete Ziele zu formulieren, „um Wohlstand und Lebensqualität umweltfreundlich und langfristig zu sichern“ (Indikatorenbericht 2007). Dies auf die Ebene der räumlichen Entwicklung konkret anzuwenden versucht der Raumordnungsbericht 2005, der nicht zufällig erstmals eine Übersicht über die Nachhaltigkeitsdefizite aller Regionen der Bundesrepublik enthält. Was auf den ersten Blick als eine technokratische Aufstellung bunt gemischter Daten erscheinen mag, ist der Versuch, durch Indikatoren die Konturen einer umsetzungsorientierten Nachhaltigkeitspolitik klarer zu fassen und Fortschritte wie Rückschritte überprüfbarer zu machen. Die drei herkömmlichen Elemente der Nachhaltigkeit werden als „wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit“, „soziale und räumliche Gerechtigkeit“ sowie „Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen“ definiert, die gleichgewichtig in die Bewertung der Nachhaltigkeit einer Region eingehen. Indikatoren wie „Bruttowertschöpfung“, „Erwerbstätigenquote der Frauen“ sowie „Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung“ verweisen darauf, inwieweit Regionen sich einem neu definierten Ensemble zukunftsfähiger Entwicklungsbedingungen annähern. Weitere

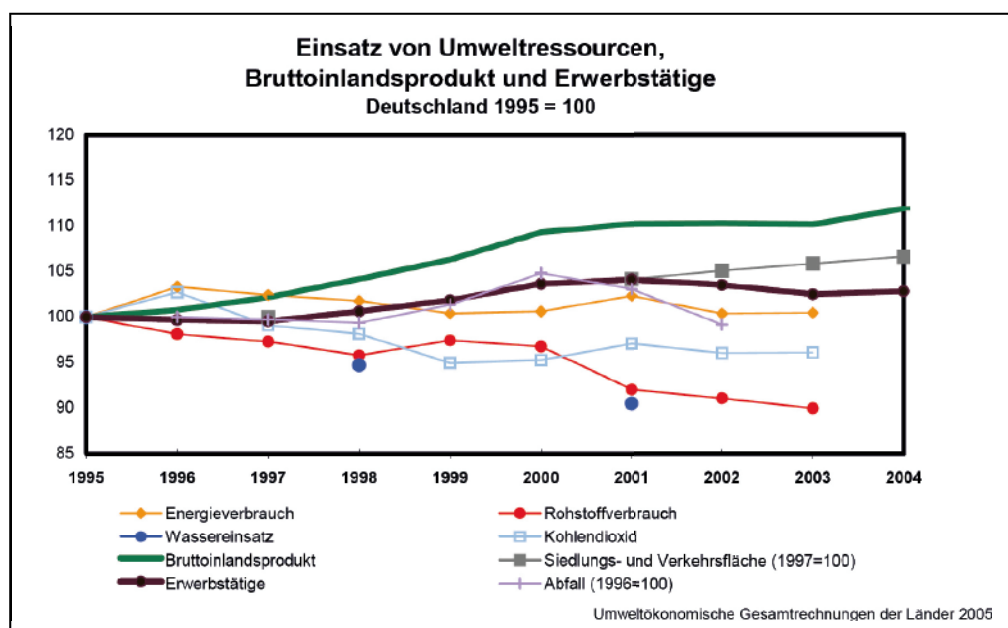


Abb. 1: Die Indexdarstellung zeigt, wie sich in den neun erfassten Jahren in der gesamten Bundesrepublik das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts vom Rohstoffverbrauch und der Emission von CO<sub>2</sub> deutlich abgekoppelt hat. Beim Flächenverbrauch ist dies viel weniger geschehen. Eine nationale Entwicklungsstrategie, die dieser Abkopplung einen hohen Wert beimisst, ist für die Durchsetzung realer, auch veräumlichter Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit eine beinahe historische Chance. (Quelle: <http://www.ugrdl.de/pdf/ugrdl2005.pdf>, S. 5)

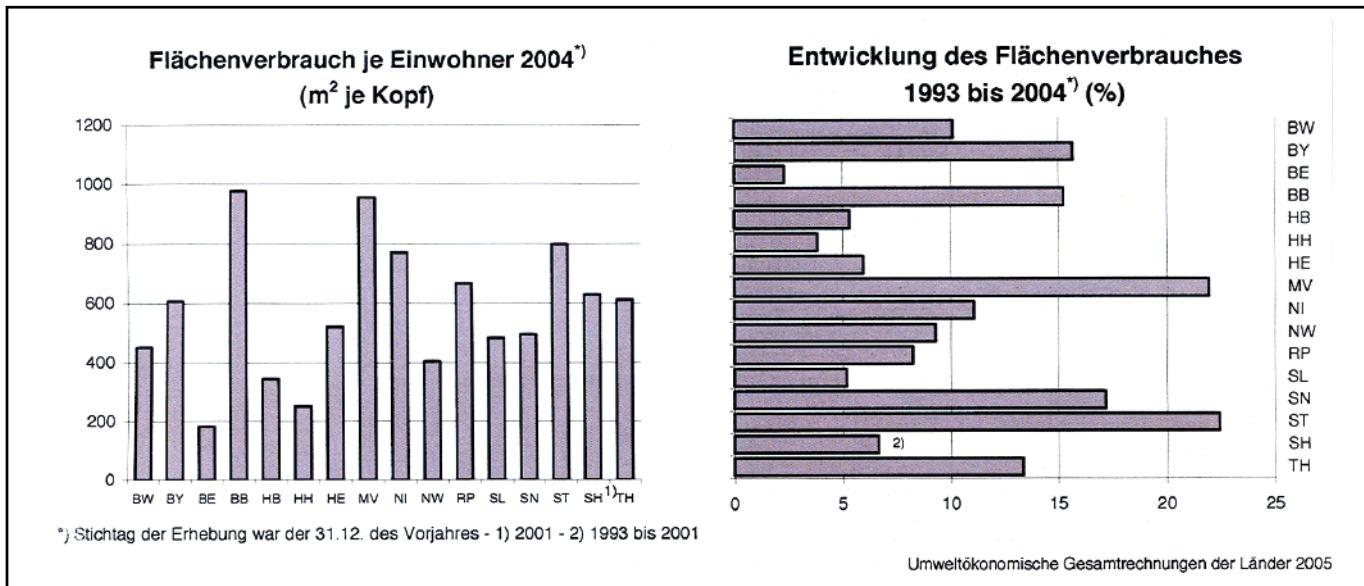


Abb. 2: Mittlerweile liegt auch ein anspruchsvolles Informationssystem über den Ressourcenverbrauch der einzelnen Bundesländer vor. Die Arbeitsgruppe Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder berichtet im Auftrag der Statistischen Landesämter etwa über den Flächenverbrauch je Einwohner, und zwar auch dynamisch, was eine Kontrolle der Ergebnisse der Siedlungstätigkeit und auch eine Kontrolle der Auswirkungen von politischen Maßnahmen ermöglicht. (Quelle: <http://www.ugrdl.de/pdf/ugrdl2005.pdf>, S. 9)

Daten, die diesen Ansatz bereichern, geben die Statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt heraus. So wissen wir heute, inwieweit es der Bundesrepublik insgesamt gelingt, das Wirtschaftswachstum von dem Energieverbrauch und von den Emissionen abzukoppeln.

Nachhaltigkeit erscheint in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts – diesmal unter einer Großen Koalition – nicht mehr als ein Einfallstor zur Unterwanderung der Gesamtgesellschaft mit ökologischen Prinzipien, die aus der Sicht traditioneller Unternehmer das Wirtschaftswachstum erschweren und die Lebensqualität durch ärgerliche Einschränkungen beeinträchtigen. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist mittlerweile zu einem Zielkatalog geworden, um die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit durch Energie- und Ressourceneffizienz zu erhöhen, um einen kräftigen Impuls für die in der bundesdeutschen Wirtschaft starke Öko-Branche auszulösen und zusätzlich, um Deutschland durch gewachsene Energieunabhängigkeit außenpolitisch zu stärken. Hinzu kommt der politische Gewinn durch die glaubwürdige Rolle eines weltweiten Vorkämpfers gegen die Zerstörung des Planeten durch Emissionen. Die soziale und räumliche Gerechtigkeit, die dritte Säule des Nachhaltigkeitskonzepts, erscheint dabei als ein subalternes Ziel.

Einen Schub zur weiteren Durchsetzung dieser Strategie erhielt die Bundesregierung durch die Unsicherheiten der russischen Energielieferungen nach Westeuropa nach 2005. Spätestens die neue Hausse des Erdölpreises liefert überzeugende Gründe für eine Erhöhung der Energieeffizienz der Volkswirtschaft. Die in allerletzter Zeit sprunghaft gestiegene Sorge um den Klimawandel hat die Notwendigkeit, ein solches Entwicklungsmodell zu finden, abermals unterstrichen. Wesentlicher Kern dieser Nachhaltigkeitsstrategie ist eine volkswirtschaftliche Überlegung: Ein geringerer Energie- und Ressourcenverbrauch pro Einheit BIP bedeutet eine bessere Wettbewerbsfähigkeit für deutsche

Produkte, aber auch eine effizientere öffentliche Ökonomie und kann sogar vielen Privathaushalten zum Vorteil gereichen.

Ein Ausdruck dieser neuen Strategie ist das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm, das die Bundesregierung 2005 startete. Dieses Programm fokussiert einen Bereich, in dem etwa ein Fünftel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Bundesrepublik entstehen: die privaten und öffentlichen Bauten. Dieses Programm ist zugleich ein gigantisches Vorhaben zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Senkung der Reproduktionskosten, denn es verringert die Heizkosten beträchtlich. Erwartet wird eine Einsparung von Heizkosten von bis zu 40 Milliarden Euro bis 2020. Um dies zu erreichen, erhöhen sich die Auflagen nicht nur für neue Bauvorhaben, sondern auch für Eigentümer bestehender Bauten, die etwa die Wände und Dächer besser dämmen und neue Heizungen einbauen sollen. Die Bundesregierung stellt von 2006 bis 2009 insgesamt 5,6 Milliarden Euro zur Verfügung, um diese Investitionen zu subventionieren. Dies ist ein Vielfaches dessen, was der Bund in den Stadtumbau Ost investiert. Jede Milliarde Euro für das Gebäudesanierungsprogramm soll übrigens allein im Bereich des Handwerks 25.000 Arbeitsplätze schaffen.

## Umsetzung siedlungsstruktureller Ziele im Stadtumbau

In der „Leipziger Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“, der gemeinsamen Erklärung der zuständigen Minister der EU, die beschlossen wurde, als die Bundesrepublik den EU-Vorsitz innehatte, wird die europäische Nachhaltigkeitspolitik ausdrücklich als ein Mittel zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Europas interpretiert, ganz im Sinne der wirtschaftslastigen Lissabonner Strategie der EU. Zwei konkrete Forderungen sind darin formuliert, die die baulich-räumliche Dimension betreffen. Die eine ist die Modernisierung der Gebäude und die Modernisierung der



technischen Infrastruktur. Dies hat die Bundesrepublik schon durch das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm vollzogen. Die zweite ist die Siedlungsstruktur, „eine wichtige Grundlage für die effiziente und nachhaltige Nutzung von Ressourcen“ (ebda.). Der Optimierung der Siedlungsstruktur ist bisher kein vergleichbares Förderinstrument gewidmet. Dabei stecken in der Siedlungsstruktur, wie wir spätestens durch die im Zusammenhang mit dem demografischen und ökonomischen Schrumpfen gestiegene Aufmerksamkeit für die Kosten der technischen und sozialen Infrastruktur wissen, gewaltige Einsparungspotenziale. Je nachdem, wie der Rückbau und die Neuinvestitionen veräumlicht werden, werden wir erhebliche Kostenreduzierungen oder -steigerungen verursachen, die sowohl die ökonomische Leistungsfähigkeit wie den Schutz der natürlichen Grundlage und die Grundlagen für die soziale und räumliche Gerechtigkeit langfristig prägen.

Die Umsetzung siedlungsstruktureller Ziele ist gewiss komplizierter und langwieriger als die eines Gebäudesanierungsprogramms. Komplizierter, denn es geht darum, die Kommunen mit ihrer Planungshoheit und die 16 Bundesländer mit ihren spezifischen Interessen dazu zu bewegen, im Sinne dieser höheren Effizienz zu handeln, selbst wenn es zunächst einmal bedeuten kann, private Investitionen zu erschweren, selbst wenn es bedeuten kann, dass Investoren dorthin ziehen, wo solche Auflagen nicht existieren. Langwieriger, weil wir eine gegebene Siedlungsstruktur nur langsam verändern können. Umso wichtiger wird die Aufklärung über die Kosten, die für die öffentliche Hand, für die Allgemeinheit nur dadurch entstehen, dass Suburbanisierung zugelassen wird oder der Rückbau von Siedlungsteilen ohne Beachtung der Infrastruktur entschieden wird. Und umso wichtiger sind die zahlreichen Erfahrungen, die bereits gesammelt wurden, um die Versorgung mit sozialer und technischer Infrastruktur unter den Bedingungen der neuen demografischen und ökonomischen Entwicklungsmuster sicherzustellen. Die Stärken des Politikfeldes Stadtumbau dürfen gerade beim Übergang zu einer gestaltenden Strategie nicht verloren gehen.

Wenn der „integrierte Ansatz des Programms Stadtumbau Ost ... städtebaulich und wohnungswirtschaftliche Aspekte zu verbinden“ (Erster Statusbericht 2006, 11) trachtete, so muss sich das Nachfolgeprogramm vornehmen, siedlungsstrukturelle Aspekte mit solchen der öffentlichen Ökonomie zu verbinden. Die neue Generation von Statusberichten würde dann weniger über Wohnungsabriszzahlen, sondern eher über die erreichte Verringerung des Energie- und Ressourceneinsatzes etwa durch neues Mobilitätsverhalten berichten und über die neuen Lösungen für die Versorgung der Bevölkerung in geschrumpften und weiter schrumpfenden, aber nachhaltig wirtschaftenden Regionen. Maßnahmen der Mitigation und Maßnahmen für eine gesamtgesellschaftliche Reproduktion unter den veränderten demografischen und ökonomischen Bedingungen gingen einher, sie wären teilweise nur noch analytisch voneinander zu unterscheiden.

Die Klimapolitik der Bundesregierung als eine neue Phase der Implementation der Nachhaltigkeitsstrategie, so kann geschlossen werden, bietet für die Bewältigung des Schrumpfens und der Deökonomisierung einen wesentlich weiter führenden Horizont, als das Programm Stadtumbau Ost es vermochte.

Prof. Dr. Max Welch Guerra

Professur für Raumplanung und Raumforschung, Fakultät Architektur, Bauhaus Universität Weimar

### Quellen:

5 Jahre Stadtumbau Ost – eine Zwischenbilanz. Zweiter Statusbericht der Bundestransferstelle (2007). Bundestransferstelle Stadtumbau Ost im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Berlin.

Endlicher, Wilfried/Gerstengarbe, Friedrich-Wilhelm (Hrsg.) (2007): Der Klimawandel – Einblicke, Rückblicke und Ausblicke, Potsdam.

Endlicher, Wilfried (2007): Das Unbeherrschbare vermeiden und das Unvermeidbare beherrschen – Strategien gegen die gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels. In: Endlicher, Wilfried/Gerstengarbe, Friedrich-Wilhelm: Der Klimawandel – Einblicke, Rückblicke und Ausblicke, Potsdam.

Forschungsgruppe Stadtentwicklung Thüringen (2007), Barz-Malfatti, Hilde und Welch Guerra, Max (Projektl.). Stadtland Thüringen. Wege des Städtebaus. Weimar.

<http://www.bmvbs.de/EU-Ratspraesidentschaft/Arbeitsprogramm/Leipzig-Charta-2716.982764/Leipzig-Charta-zur-nachhaltige.htm>

[http://www.bundesregierung.de/nn\\_23144/Content/DE/Artikel/2007/04/2007-04-17-indikatorenbericht-dokumentiert-stand-der-nachhaltigen-entwicklung.html](http://www.bundesregierung.de/nn_23144/Content/DE/Artikel/2007/04/2007-04-17-indikatorenbericht-dokumentiert-stand-der-nachhaltigen-entwicklung.html) Zugriff 16.10.07

Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt vom 25. Mai 2007.

Stadtumbau Ost – Stand und Perspektiven. Erster Statusbericht der Bundestransferstelle (2006). Bundestransferstelle Stadtumbau Ost im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Berlin.

Welch Guerra, Max (2004): Stand und Perspektiven einer neuen Städtebaupolitik. In: vhw Forum Wohneigentum. Heft 2, März/April.

Zur Ökonomisierung der Immobilienwirtschaft – Entwicklungen und Perspektiven (2007). Bericht der Kommission des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Berlin.

Nachhaltige Entwicklung in Deutschland Indikatorenbericht 2006. Statistisches Bundesamt April 2007 [http://www.bundesregierung.de/nsc\\_true/Content/DE/\\_\\_\\_Anlagen/2007-10-15-nachhaltigkeit-indikatorenbericht-2006,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/2007-10-15-nachhaltigkeit-indikatorenbericht-2006](http://www.bundesregierung.de/nsc_true/Content/DE/___Anlagen/2007-10-15-nachhaltigkeit-indikatorenbericht-2006,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/2007-10-15-nachhaltigkeit-indikatorenbericht-2006)

Umweltökonomische Gesamtrechnung der Länder. Arbeitsgruppe Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder im Auftrag der Statistischen Ämter der Länder.

[http://www.ugrdl.de/ugrdl\\_analyse\\_2007.pdf](http://www.ugrdl.de/ugrdl_analyse_2007.pdf)